

Haushaltsrede 2016  
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Gruß gilt allen Gästen und den Vertretern der Presse.

Die Nachricht, dass der Kommunalpolitiker Thomas Purwin, SPD-Chef aus Bocholt, sein Mandat niederlegt, weil er und seine Familie Morddrohungen erhalten haben, hat mich und wahrscheinlich viele, die hier sitzen sehr getroffen.

Jemand, der sich für Menschen, die auf der Flucht vor Gewalt und Krieg sind einsetzt, wird nun selber bedroht und muss um sein Leben fürchten. Dies geschieht nicht irgendwo in der Welt, sondern bei uns in Deutschland. Unsere Demokratie lebt davon, dass Menschen bereit sind sich auf verschiedenste Art und Weise für das Gemeinwohl einzusetzen und dazu zähle ich auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Vor allem der Rechtspopulismus, der von einigen politischen Kräften in unserem Land geschürt wird, erzeugt eine Stimmung, die unverantwortlich ist.

Alle Gruppierungen, die von sich behaupten, sie stehen auf dem Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, können angesichts solcher Vorgänge nur mit Empörung reagieren. Alle diejenigen, die heute mit den Wölfen heulen und zündeln, sollten sich genau überlegen, ob Sie die Tragweite Ihres politischen Stils überblicken können und sich fragen, ob Sie in einer Gesellschaft, die geprägt ist von Intoleranz, Gewaltandrohung und Angst leben wollen. Ich will es nicht!

Ja, es stimmt, die Welt ist komplizierter geworden, man spricht auch von der Angst vor der Globalisierung. Diese Angst ist aber kein Grund unsere Grundrechte außer Acht zu lassen. Denn es ist nämlich gleichzeitig zu bedenken, dass es diese globalisierte Welt ist, die unserem Land den Wohlstand gebracht hat und bringt.

Natürlich war und ist die große Anzahl von Flüchtlingen, die zu uns gekommen sind, eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft und für die Behörden in unserem Land. Doch wir sind auf einem sehr guten Weg, die damit verbundenen Probleme zu lösen. Dies hat Landrat Stephan Pusch in seiner Rede bei der Einbringung des Haushaltes noch einmal ausdrücklich herausgestrichen.

Vergessen wir nicht, dass diese Menschen zu einem großen Teil unmenschliche Strapazen auf sich genommen haben, weil Krieg (Aleppo) und Verfolgung ihr Leben und das ihrer Familien bedroht hat. Sie haben hier bei uns ein Stück Heimat gefunden. Heimat in dem Sinne, dass diese Menschen ein Stück Sicherheit, Verlässlichkeit und Frieden, einen Ort des Vertrauens gefunden haben. Und ich bin davon überzeugt, dass viele dieser Menschen, wenn denn endlich dieser unsägliche Krieg z.B. in Syrien zu Ende ist, in Ihre Herkunftsländer zurückkehren werden, wenn genau das soeben beschriebene Stück Sicherheit und Verlässlichkeit in ihren Herkunftsländern wieder zurückgekehrt ist.

Im Kreis Heinsberg haben wir viele Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Flüchtlinge engagiert haben und es auch immer noch tun. Dabei ist sicherlich der Austausch der verschiedensten Gruppierungen wichtig. Ein solcher Dialog hat noch vor wenigen Tagen zwischen dem Flüchtlingsrat des Kreises Heinsberg und dem Kommunalen Integrationszentrum stattgefunden. Dabei wurde deutlich, dass die Themen und Aufgaben sich wandeln und immer anspruchsvoller werden.

Ihnen allen, die Sie sich, freiwillig, ehrenamtlich für die Flüchtlinge einsetzen, sage ich im Namen der CDU-Kreistagsfraktion herzlichen Dank für dieses riesige Engagement. Sie sorgen dafür, dass die Begriffe von Menschlichkeit, Nächstenliebe keine leere Hülle bleiben, sondern mit Leben gefüllt werden.

**Meine Damen und Herren,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

Nelson Mandela hat einmal gesagt:

**„Education is the most powerful weapon which you can use to change the world“**

Bildung hat die Kraft unsere Welt zu ändern.

Bildung ist ein wichtiger Baustein für die Integration der Flüchtlinge, vor allem das Erlernen der deutschen Sprache. Sprachkenntnisse sind die Grundlage für eine gelingende Integration. Es werden vielfältige Angebote vorgehalten. Eine Möglichkeit sind hier die Integrationskurse der Anton - Heinen Volkshochschule (VHS). Wie in der Presse und auf der Homepage der Kreises zu lesen war, finden zur Zeit 13 Integrationskurse statt, an denen 250 Personen teilnehmen. Diese Kurse umfassen 600 Unterrichtsstunden. Hier liegt der Schwerpunkt vor allem darin die selbständige Sprachanwendung im Alltag zu lernen, aber auch in 60 Stunden den Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen.

Auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung heißt es:

*„Bildung! Bildung! Bildung!“ - Über kaum ein Thema wird häufiger und härter gestritten. Bildung soll die Persönlichkeit entwickeln und ein erfülltes Leben ermöglichen. Bildung soll Fachkräfte für den Arbeitsmarkt bereitstellen und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig halten. Bildung soll Frieden und Demokratie sichern und unser kulturelles Wissen über Generationen weitergeben.*

Ja, Bildung ist ein elementarer Baustein, wenn es darum geht die Zukunft unseres Landes und damit den Wohlstand unserer Gesellschaft zu sichern. Jedes Kind braucht die **optimale** Förderung mit oder ohne Handicap sowie mit oder ohne Migrationshintergrund.

Bildung kann nicht früh genug beginnen. Kindertagesstätten und Schulen finanziell optimal auszustatten und für gut ausgebildetes Personal zu sorgen, ist eigentlich eine originäre Aufgabe der Rot-Grünen Landesregierung. Themen wie U3-Betreuung oder Inklusion werden großartig medial in Szene gesetzt aber kurze Zeit später geht der Landesregierung schon die Luft aus bzw. das Geld.

Nehmen wir einmal die U3-Betreuung, eines der Projekte der Rot-Grünen Landesregierung. Das Resultat der Maßnahmen zur Erweiterung der U3-Betreuung ist, dass ganze 25% der Kinder unter drei Jahren in NRW einen Betreuungsplatz finden konnten, Im Ländervergleich bedeutet dies, dass wir immerhin 16tes von 16 Bundesländern sind. Anders ausgedrückt: Wir sind letzter im Bundesvergleich. Super! Das Projekt ist wirklich gelungen.

Im Kreis Heinsberg haben wir unsere Hausaufgaben wesentlich besser gemacht. Für den Jugendamtsbezirk des Kreises gehen wir im kommenden Jahr von einer Quote von 47,9 % aus. Natürlich müssen wir den eingeschlagenen Weg weiter fortsetzen.

Ein weiteres Projekt der Rot-Grünen Landesregierung und ein Dauerbrenner ist das Thema Inklusion. Wegen des massiven Lehrermangels in unserem Bundesland, gelingt es vorne und hinten nicht die gesteckten Ziele zu erreichen.

Demnach sind derzeit im Kreis Heinsberg 9,4 Prozent der offenen Lehrerstellen unbesetzt. Es fehlen vor allem sonderpädagogischen Fachkräfte: So sind im Kreis Heinsberg fast ein Sechstel dieser Stellen unbesetzt.

Schulamtsdirektor Christoph Esser aus dem Kreis Heinsberg bezeichnet die derzeitige Situation als „schwierig“, sieht eine „Welle der Lehrerknappheit“.

Der Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE) hatte in der vergangenen Woche die Öffentlichkeit mit der Meldung aufgeschreckt, dass die Grundschulen in NRW ihren „Bildungsauftrag nicht länger erfüllen“ könnten. Rund ein Drittel der offenen Lehrerstellen an Grundschulen und 39 Prozent der Konrektorstellen seien nicht besetzt. Die Stellen für sonderpädagogische Fachkräfte blieben nahezu vollständig unbesetzt. Das habe eine aktuelle Umfrage unter der Hälfte der Grundschulen in NRW ergeben.

(vergl. 09.12.2016 / Heinsberger Zeitung / Seite 10)

Was haben wir nicht alles für ideologische Grabenkämpfe hinter uns, und was hat sich getan? Leider viel zu wenig. Und wenn die Landesregierung wieder ein tolles Programm verkündet, dann ist dies meist nur eine Mogelpackung, die in den seltensten Fällen bis zum Ende hin durchdacht, geschweige denn vom Land voll umfänglich finanziert sind.

Wie schlecht wir auf Landesebene für die Zukunft aufgestellt sind, sieht man auch in anderen Bereichen, so zum Beispiel bei der Schaffung einer zukunftsfähigen Infrastruktur.

### **Infrastruktur**

Die positive wirtschaftliche Entwicklung trägt mit dazu bei, dass die Steuereinnahmen schon seit Jahren gewaltig sprudeln. Die Rot-Grüne Landesregierung macht weiterhin Schulden in Milliardenhöhe. Aber in den Kommunen kommen die dringend notwendigen Finanzen nicht an.

Die Politik der CDU-Kreistagsfraktion hat in den vergangenen Jahren mit dazu beigetragen, dass wir im Kreis Heinsberg eine sehr gute Infrastruktur, vor allem im Bereich des Straßennetzes, entwickeln konnten. Dies ist eine Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Betriebe und damit für die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die Zahl der Menschen, die ohne Arbeit sind, ist im Kreis Heinsberg weiter zurückgegangen und liegt aktuell bei 5,7%.

Im Frühjahr des Jahres 2017 soll die B56n endlich für den Verkehr freigegeben werden.

Dies wird sicherlich noch einmal mit dafür sorgen, dass sich neue Betriebe ansiedeln und zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Der Neubau der EK 13/17 als Ortsumgehung Gangelt ist für uns als Kreis ein wichtiges Straßenbauprojekt. Für die OU Gangelt besteht bereits Baurecht. Besonders wegen der sich verändernden Verkehrsströme ist die Ortsumgehung zwingend erforderlich.

Die Landesregierung hat mit Verweis auf den neuen Grundsatz und die bereits aufgebrauchten Entflechtungsmittel bis 2019 eine Förderung des Neubaus der Ortsumgehung Gangelt (EK 13 / EK 17) abgelehnt.

Daher hat der Kreis mit der Gemeinde Gangelt eine Vereinbarung zur Finanzierung der Maßnahme getroffen. Die Bauarbeiten werden in einen West-/Osteil auf gespaltet. Für den Westteil ist von Kosten in Höhe von 4,1 Mio. € auszugehen, die von beiden Seiten hälftig getragen werden sollen. Die benötigten Flächenkäufe für den Neubau wurden seinerzeit schon vom Kreis getätigt. Zumindest hat das Land zugesagt, dass der Beginn der Bauarbeiten förderunschädlich erfolgen kann, weshalb die Hoffnung besteht, eventuell doch Anteile der Kosten erstattet zu bekommen. Mit der Gemeinde Gangelt hat der Kreis für die Rückflüsse ebenfalls eine Vereinbarung getroffen, zu Gunsten der Gemeinde. Bei Rückflüssen bis 30 % würde die Gemeinde einen höheren Anteil erhalten. Ab 30 % wird eine hälftige Verteilung angesetzt.

Die CDU-Kreistagsfraktion ruft die Landesregierung auf, den Neubau von kommunalen Straßen zu fördern. Nach der erfolgten Einigung über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gilt es, die weitere Förderung des kommunalen Straßenbaus zügig mit Landesmitteln sicherzustellen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Finanzierung der L117n. Wenn der Kreis Heinsberg, die Städte und Gemeinden, die Dinge nicht selbst in die Hand nehmen würden, dann wäre der Strukturwandel in unserer Region immer noch in den Kinderschuhen.

Finanzen und Rot-Grüne Landesregierung sind scheinbar Begriffspaare, die überhaupt nicht zueinander finden werden.

### **Controlling**

Im Jahr 2012 haben wir als CDU-Fraktion gemeinsam mit der FDP den Antrag zur Einführung eines Controllings und Untersuchung der Prozess- und Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung Heinsberg beantragt.

Es ist seitdem schon einige Zeit vergangen und an der einen oder anderen Stelle hätten wir es gerne gesehen, wenn Maßnahmen schneller auf den Weg gebracht worden wären.

Mit der Einstellung einer Controllerin im April diesen Jahres hat das Unterfangen neuen Schwung erhalten und der Bericht, den wir durch die Anfrage der SPD von Seiten der Verwaltung erhalten haben, zeigt, dass die Inhalte des Antrages von CDU und FDP in den vorliegenden Ausführungen ihren Widerhall finden.

Ein Thema, das uns als Kreispolitiker immer wieder vorgehalten wird, ist die Steigerung der Personalkosten. Ja, wenn wir uns die Zahlen ansehen, dann müssen wir festhalten, dass die Anzahl des Personals weiter angestiegen ist. Eine Forderung unseres Antrages war es, beginnend mit dem Jahr 2013, die Mitarbeiterkapazität in den nächsten fünf Jahren um mindestens fünf Prozent auf der Basis 31.12.2012 in der Fassung des Haushaltsplans 2012 zu reduzieren. Ich möchte allerdings ausdrücklich betonen, dass diese Maßnahmen ohne betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden sollen.

Der Landrat hat im Kreisausschuss am 28.04.2015 berichtet, dass durch eine zurückhaltende Nachbesetzungspraxis in den Jahren 2013-2015 insgesamt 2 Mio. Euro an Personalkosten eingespart werden konnten. Dabei wurden immerhin 22 vakant gewordene Stellen, das entspricht 19 Vollzeitäquivalenten, nicht erneut besetzt. Insgesamt wurden so, seit dem Start der KGSt-Untersuchungen 3% der Mitarbeiter eingespart.

Er hat aber auch deutlich gemacht, dass in diesem Zeitraum erhebliche Aufgabenzuwächse in den verschiedensten Bereichen zu Neueinstellungen geführt haben. Aufgaben, die dem Kreis meist vom Land zugewiesen werden ohne auch die entsprechende Finanzierung zu gewährleisten.

Alleine im Haushaltsentwurf 2017 ergibt sich bei den Personalkosten wegen flüchtlingsbedingter Mehraufwendungen eine Erhöhung um 21,81 Vollzeitäquivalenten, die allesamt, dies sei hier auch gesagt, befristet sind (Personalaufstockung im Ausländeramt, im Jobcenter, im Amt für Bildung und Kultur bzw. Kommunales Integrationszentrum für Bildungskoordinatoren, Durchführung VHS-Integrationskurse, Jugendamt Begleitung minderjähriger Flüchtlinge).

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich habe zu Anfang meiner Ausführungen über die Situation der Flüchtlinge gesprochen und darüber, dass es nun unserer Aufgabe ist die Menschen zu integrieren.

Damit Integration gelingen kann braucht es Personal. Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber.

Und dieses Personal muss auch bezahlt werden. Wir können nicht alle Last den Freiwilligen

engagierten Ehrenamtlern zumuten. Es braucht auch hauptamtliches, gut geschultes Personal, das den Flüchtlingen und den Ehrenamtlern zur Seite steht.

Das Land NRW aber behält Mittel, die der Bund dem Land NRW in den Jahren 2016 -2018 jährlich für die Kosten der Integration von Flüchtlingen zur Verfügung stellt, in Höhe von 434 Millionen Euro ein. Geld, das den Kreisen, Städten und Gemeinden fehlt, um die entsprechenden zusätzlichen Personalkosten abzudecken, aber auch, um entsprechende Maßnahmen für die Integration zu gewährleisten.

Wer nun an solcher Stelle mit dem Antrag von CDU und FDP und der seinerzeitigen Forderung nach einer Reduzierung des Personals kommt, der hat scheinbar die Zusammenhänge nicht ganz begriffen.

Für die CDU-Fraktion kann ich an dieser Stelle nur sagen, wir wollen, dass Integration gelingt und wir sind bereit unseren Beitrag dazu zu leisten. Es wäre schön, wenn die Landesregierung dies auch tun würde und die Kommunen nicht im Stich lässt, sondern die dafür vorgesehenen Gelder nicht im großen Haushaltsloch des Landes verschwinden lassen würde.

Diese aktuelle Situation steht exemplarisch für das Handeln dieser Landesregierung in vielen Bereichen. Immer neue Aufgaben werden auf die Kommunen abgewälzt und das Konnexitätsprinzip wird dabei sträflich außer Acht gelassen.

### **Wohnungsbaugesellschaft für den Kreis Heinsberg**

In den Sommermonaten haben sich einige Fraktionen des Kreistages für die Gründung einer Kreis Wohnungsbaugesellschaft stark gemacht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir als CDU-Fraktion sind der Auffassung, dass es zunächst einer umfassenden Analyse der Situation, einer darauf aufbauenden Untersuchung der Bedürfnisse geben muss und in einem letztem Punkt es erst um die Frage der Operationalisierung der gewonnenen Erkenntnisse gehen kann.

Erst nach einer entsprechenden Lageanalyse kann wirklich seriös darüber nachgedacht werden, was der Kreis Heinsberg in welchen Strukturen zur Wohnraumförderung benötigt. Klar ist aus Sicht der CDU, dass eine Lösung ausschließlich gemeinsam mit den Kommunen, den Trägern der Bauleitplanung, gefunden werden kann. Ihre Einbindung in entsprechende Schritte ist unabdingbar.

Es reicht nicht, die Schlagzeilen aus der Bundespresse auf den Kreis Heinsberg zu übertragen. Die Probleme sind in den Städten wesentlich größer, insbesondere in den Städten mit großem Studentenzug. Wir müssen uns fragen, wie die Situation im Kreis Heinsberg ist, wo liegen die Unterschiede zu anderen Flächenkreisen, aber auch zu den Großstädten.

Seit dem Ende des Steinkohlebergbaus im Kreisgebiet und dem Niedergang alteingesessener Großbetriebe hat im Kreis Heinsberg ein tiefgreifender Strukturwandel eingesetzt. In vielen Bereichen sind bereits weitreichende Fortschritte erzielt worden, allerdings ist der Strukturwandel noch nicht beendet; hier stellt auch der noch nicht abgeschlossene Braunkohleabbau einen Unsicherheitsfaktor dar.

Bisherige Prognosen waren immer von einem Rückgang der Bevölkerung des Kreises Heinsberg auf ca. 249.000 Einwohner ausgegangen. Bedingt durch den Zuzug der Flüchtlinge hat sich die Kreisbevölkerung wieder bei ihrem Altbestand von ca. 252.000 Einwohnern eingependelt.

Eine zentrale Fragestellung für den Kreis sollte sein, ob der Kreis interessant für Menschen ist, die zuziehen wollen oder ob der Kreis Bürger abschreckt und zum Wegzug animiert.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang ein passend strukturierter Wohnungsmarkt. Aufgrund des

Wandels der Altersstruktur in der Gesellschaft wird auch ein Wandel auf dem Wohnungsmarkt erforderlich.

Bei der Bearbeitung der Wohnraumfrage wird auch eine intelligente Aufgabensplittung zwischen den einzelnen Kommunen untereinander und auch mit dem Kreis erforderlich sein. Es gilt den Wohnungsmarkt und die Bedarfe genau zu beobachten.

Bis 2030 wird es nach Vorhersagen für den Kreis Heinsberg zu einer deutlichen Zunahme der 1 / 2 Personen Haushalte kommen (11.000 +) bei gleichzeitiger Abnahme der 3/mehr Personen Haushalte um ca. 7000 Personen.

Der Kreis Heinsberg zeichnet sich durch eine sehr hohe Wohneigentumsquote aus (Kreis HS > 50 %/Großstädte < 30 %).

Aus den Daten des Strukturatlases (S. 212) geht hervor, dass eine große Zahl von Menschen alleine in Mehrpersonenhäusern wohnt.

Grundsätzlich ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt im Kreis sehr komfortabel. Bereits im Jahr 2014 existierte ein Wohnungsbestand von 116.000 Wohnungen. Gemäß den Prognosen wird am Hochpunkt des Bedarfs im Jahr 2030 eine Zahl von 114.000 Wohnungen benötigt. Gleichzeitig stagniert die Leerstandsquote bei ca. 3 %.

Im Kreis Heinsberg besteht die Aufgabe also nicht darin, in großem Maßstab zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, sondern den bestehenden intelligent zu nutzen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nach Meinung der CDU-Kreistagsfraktion auf Basis der bisher vorliegenden Daten und Untersuchungen keine profunde Entscheidung über die Frage möglich, ob eine Wohnungsbaugesellschaft erforderlich ist.

Um entsprechende Modernisierungsmaßnahmen in einem Quartier umsetzen zu können, ist die positive Unterstützung der Bewohner unerlässlich.

Die Stabsstelle Demografie beabsichtigt im Frühjahr 2017 eine große Konferenz mit allen Mandats- und Entscheidungsträgern sowohl aus den kreisangehörigen Kommunen als auch des Kreises selbst durchzuführen. Bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung sollen die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, ihre Vorschläge zu dem Thema zu machen. Ziel muss es sein, dass das lokale Wohnungsangebot entsprechend den Anforderungen des demografischen Wandels zielgruppenorientiert weiterentwickelt wird.

Wegen der eingeschränkten Steuerungsmöglichkeiten des Kreises ist es wichtig, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden mögliche Veränderungen auf den Weg zu bringen. Der Kreis sollte sich mit den Kommunen zusammensetzen und eine Analyse jedes einzelnen Quartiers vornehmen. An dieser Analyse müssen auch Eigentümer und Investoren beteiligt werden.

Generell müssen Ideen entwickelt werden, wie kommunale Aufgaben überörtlich gemeinsam erledigt werden können. Ein solcher Bewusstseinswandel kann nach unserer Auffassung nur langfristig bearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, eine Gesellschaft gründen kann jeder. Aber gemeinsam mit allen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen in einen Prozess einzutreten und gemeinsam mit der Stabsstelle Demographischer Wandel und Sozialplanung zu tragfähigen Lösungen kommen, ist schwieriger aber für uns als CDU-Fraktion der einzige gangbare Weg. Wir wollen Politik mit den Menschen machen.

## **ÖPNV**

Meine Damen und Herren,

sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen,

wir alle sind uns sicherlich darin einig, dass der ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsfürsorge ist und

für die Bürgerinnen und Bürger geleistet werden muss. Über den Umfang und die Art und Weise kann man immer wieder trefflich streiten. Doch möchte ich in diesem Jahr nicht über Zahlen, Gewinne oder Verluste reden.

Das Jahr 2016 war das erste, vollständige, Jahr nach der Abspaltung der Verkehrssparte aus der WestEnergie und Verkehr GmbH auf die WestVerkehr GmbH. Und es war ein sehr gutes und erfolgreiches Jahr.

Der Restrukturierungsplan wurde in hervorragender Weise umgesetzt, ja sogar über das geforderte Maß hinaus erfüllt. Geilenkirchen hat eine neue Stadtbuslinie erhalten und der grenzüberschreitende Verkehr wurde wieder eingeführt.

Beim Thema Direktvergabe fahren und fuhren die Gefühle allerdings Achterbahn. Nachdem die zuständigen Gremien des Kreises Ende 2015 für die Vergabe der öffentlichen Personenverkehrsdienste auf dem Gebiet des Kreises Heinsberg, inklusive der RVE-Leistungen ausgesprochen hatte, wurde die Direktvergabeabsicht am 15.03.2016 im EU-Amtsblatt europaweit bekanntgegeben. Ein großes privates Verkehrsunternehmen hat daraufhin Interesse bekundet, die Leistung im Kreis Heinsberg ebenfalls erstellen zu wollen und ein Nachprüfverfahren eingeleitet. Ziel dieses Verfahrens ist es, die Direktvergabe zu verhindern und die Vergabe der Leistung im Rahmen eines wettbewerblichen Verfahrens zu erzwingen. Nachdem der Kreis in der ersten Instanz vor der Vergabekammer Rheinland gesiegt hat, ist das Verfahren nun beim Oberlandesgericht Düsseldorf anhängig.

Natürlich hoffen wir alle, dass auch dieses Verfahren in unserem Sinne ausgehen wird.

An dieser Stelle möchte ich im Namen der CDU-Kreistagsfraktion, persönlich und ich denke ich kann das im Namen Aller hier Anwesenden tun, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern versichern, dass wir als Aufgabenträger Kreis Heinsberg alles tun werden, damit die WestVerkehr GmbH auch in Zukunft den Öffentlichen Personenverkehr in unserm Kreis fahren kann.

Es sind 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Ihren Familien, die an dieser Entscheidung hängen und auch viele Mitarbeiter in den privaten Unternehmen im Kreis Heinsberg.

Ihnen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WestVerkehr GmbH, möchte ich heute unsere Solidarität bekunden. Und Ihnen ganz herzlich von dieser Stelle aus, noch einmal danken für die geleistete Arbeit im nun auslaufenden Jahr 2016. Vielen Dank für Ihren Einsatz!

### **Fortschreibung Leitbild des Kreises Heinsberg**

Die CDU-Fraktion hat sich auf ihrer letzten Klausurtagung intensiv mit dem Thema Fortschreibung des Leitbildes des Kreises Heinsberg auseinandergesetzt.

Nach den Sommerferien 2017 werden wir ein Arbeitspapier vorstellen, welches Gegenstand für die Beratung in den Kreisgremien sein soll. Unter anderem soll die Neufassung des Leitbildes konkretere Arbeitsaufträge enthalten, um eine höhere Verbindlichkeit formulierter Zielsetzungen erreichen zu können. Ferner soll das Leitbild nicht mehr rein wirtschaftsbezogen aufgestellt werden, sondern unter der Prämisse einer möglichst hohen Lebensqualität der Menschen im Kreis Heinsberg insgesamt stehen und somit politischer werden.

### **Haushaltszahlen im Allgemeinen**

Alle diese Vorhaben und notwendigen Maßnahmen, seien Sie auch noch so wünschenswert, stehen immer unter dem Vorbehalt der Finanzierungsmöglichkeiten. Der Gestaltungsspielraum wird immer mehr eingeschränkt. Der Kämmerer hat auf der einen Seite seine Besorgnis bei der Einbringung des Haushaltes zum Ausdruck gebracht. So ist unsere Ausgleichsrücklage in der Zeit von 2013 bis 2017 von 22 Mio. Euro auf 8,4 Mio. Euro zurückgegangen. Auf der anderen Seite ist es uns gelungen die Pro-Kopf-Verschuldung auf 32 Euro pro Einwohner zu senken. Das ist ein Wert, der sicherlich seines Gleichen suchen kann.

Damit die Kommunen wieder Luft zum Atmen haben, ist dringend eine wirkliche Reform, deren Auswirkungen bei uns ankommen, gefordert. Der Begriff der Konnexität darf nicht nur eine

Worthülse bleiben.

Die Senkung der Umlage des Landschaftsverbandes für 2017 ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Entwicklungen in den kommenden Jahren deuten an wohin die Reise gehen wird. In der mittelfristigen Planung sind für 2018 ein + von 5,1 Mio., 2019 von 3,4 Mio. und 2020 von 5 Mio. Euro vorgesehen. Diese Zahlen machen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Da wird ein Förderprogramm „Gute Schule 2020“ über die NRW.Bank in Form von Darlehen zur Sanierung, Modernisierung und zum Ausbau der Schulinfrastruktur bereitgestellt. Das klingt gut. Das Land gibt Geld und wir können es auch gut gebrauchen z.B. für den Ausbau der Rurtalschule. Wir als Kreis bzw. die Kommunen müssen dafür einen Kredit aufnehmen und das Land übernimmt den Schuldendienst. Schön wird so manch einer denken, aber in Wirklichkeit nur eine Verschleierung der Tatsache, dass das Land für eine solche Maßnahme kein Geld im Säckel hat. Wieder eine Maßnahme, die nur möglich ist, in dem indirekt neue Schulden gemacht werden. Und wer muss die Schulden am Ende wirklich bezahlen; die Bürgerinnen und Bürger.

Und hier passt der Satz aus einer früheren Haushaltsrede wieder einmal:

Fraktionskollege Harald Schlöber hat es seiner Zeit auf den Punkt gebracht. Hannelores Standardprogramm lautet:

**„Ich tue Gutes und zahlen sollen die Anderen“.**

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

politisch wird das kommende Jahr durch drei sehr bedeutende Wahlen geprägt werden. Im Februar findet die Wahl unseres Staatsoberhauptes des Bundespräsidenten statt. In Walter Steinmeier, der ja aller Voraussicht nach unser nächster Bundespräsident sein wird, hat man sicherlich einen international erfahrenen Politiker nominiert, der unserem Land die entsprechende Stabilität geben kann.

Die Landtagswahlen und auch die Bundestagswahlen haben große Bedeutung für die Zukunft unseres Bundeslandes und für die Bundesrepublik Deutschland. So sehr ich mir verständlicher Weise wünsche, dass die CDU bei beiden Wahlen stärkste Partei sein wird und die Regierung stellt. So sehr hoffe ich vor allem, dass die demokratischen Parteien gestärkt aus diesen Wahlen hervorgehen und Populisten und extreme Gruppierungen keine weiteren Zuwächse zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am Ende meiner Ausführungen gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit, für die Geduld und Bereitschaft, alle anstehenden Fragen im Laufe des Jahres zu beantworten sowie sich auch den Haushaltsfragen mit der gewohnten Sachkompetenz anzunehmen. Danken möchte ich Herrn Michael Schmitz, denn schließlich war dies der erste Haushaltsentwurf für den er als Kämmerer verantwortlich war. Danke für die gute Zusammenarbeit. Ich finde Sie haben Ihre Sache sehr gut gemacht. Herzlichen Dank!

Danken möchte ich auch allen Kreistagskolleginnen und -kollegen der demokratischen Parteien für die gute Zusammenarbeit im nun zu Ende gehenden Jahr.

Meine Damen und Herren, die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2017 zu.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.